

Kohlekraft Bürger wollen mehr Klimaschutz

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) muss bei seiner umstrittenen Klimaabgabe für Kohlekraftwerke nacharbeiten. Auf Wunsch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sollen die Wirtschaftsprüfer der Energiekonzerne RWE, Vattenfall und Mibrag ausrechnen, ob Gabriels Pläne zur Gefahr für die deutsche Braunkohle werden könnten. Im CDU-Präsidium beruhigte Merkel am vergangenen Montag Ministerpräsidenten und Wirtschaftspolitiker ihrer Partei: Gabriel werde noch mal rechnen. Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Sachsen sowie die Gewerkschaften wehren sich vehement gegen das Vorhaben, pro Tonne Kohlendioxid eine Abgabe von 18 bis 20 Euro zu erheben. Sie befürchten das Ende des deutschen Braunkohlenbergbaus. Gabriels Ministerium widerspricht, hält die negativen Auswirkungen einer Klimaabgabe für gering. Widerstand kommt aber auch aus der eigenen Partei: „Wir erreichen nichts für das Weltklima, schädigen aber massiv die deutsche Wirtschaft“, so Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). Die Bundesbürger hingegen befürworten zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen, um die Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu erreichen. Dies geht aus einer aktuellen Umfrage hervor, die WWF und Campact beim Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid in Auftrag gegeben haben. Demnach begrüßen 70 Prozent der Befragten verstärkte Maßnahmen zur Luftreinhaltung. Besonders umweltbewusst zeigt sich die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen: Von ihnen plädieren 81 Prozent für größere Anstrengungen. 73 Prozent aller Befragten sind zudem dafür, den CO₂-Ausstoß der ältesten Braunkohlenkraftwerke des Landes zu drosseln. kn, pm, gt



SPD

Schulz bereit für Bundestagswahl

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, will spätestens 2017 in die Bundespolitik wechseln. Intern erklärte der Sozialdemokrat, dass er bereit sei, in den Bundestagswahlkampf zu ziehen und nach der Wahl eine führende Rolle zu übernehmen. Auch ein vorzeitiger Wechsel ins Bundeskabinett wird in der SPD als denkbar angesehen, sofern im Wahljahr ein hoher Ministerposten frei würde. In den vergangenen Monaten hatte sich der Druck aus der SPD-Spitze auf Schulz verstärkt, der Partei

im nächsten Bundestagswahlkampf zur Verfügung zu stehen. Kürzlich brachte Fraktionsvize Axel Schäfer eine Kanzlerkandidatur des 59-Jährigen ins Gespräch. Schulz dagegen möchte an der Seite von Parteichef Sigmar Gabriel die Kampagne bestreiten. Die SPD-Führung will im zweiten Halbjahr 2015 erste Personal- und Inhaltsfragen für das wahrscheinliche Duell mit Kanzlerin Angela Merkel entscheiden. Schulz' Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments endet regulär Ende 2016. gor

Rüstung

Keine Panzer nach Saudi-Arabien

Die Bundesregierung hat unlängst eine Lieferung von über 200 Panzern vom Typ „Leopard 2“ nach Saudi-

Arabien verhindert. Das Kriegsgerät sollte von Spanien an den Golf exportiert werden. Die spanische Firma Santa Bárbara Sismas kann die deutschen Panzer in Lizenz bauen. Doch die Regierung in Madrid hat Sau-

di-Arabien inzwischen eine informelle Absage des Geschäfts zukommen lassen. Man werde sich nicht weiter um ein Zustandekommen bemühen, da Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) dem Export dieser Panzer nicht zustimme, heißt es aus diplomatischen Kreisen. Das saudische Königshaus hatte 2010 in Madrid angefragt, ob eine Lieferung für die saudischen Streitkräfte in Form eines Regierungsgeschäfts möglich sei. Spanien hätte dafür Lizenzrechte und Komponenten in Deutschland erwerben müssen. Der SPIEGEL hatte die Pläne später aufgedeckt und damit eine heftige Diskussion über die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung ausgelöst. on, gt



FOTOS: VINCENT KESSLER / REUTERS (O.); OSCAR IN THE MIDDLE (U.)